

Niederschrift

über die 14. Sitzung / 16. WP der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 22. November 2012.

Sitzungsort: Volkshalle Ehringshausen

Sitzungsdauer: 19.02 Uhr – 20.36 Uhr

Anwesend sind:

a) die Mitglieder der Gemeindevertretung:

1. Dr. Rauber, David -Vorsitzender-
2. Bell, Rainer
3. Bell, Tobias
4. Clößner, Wolfgang
5. Gohl, Timotheus
6. Gombert, Daniel
7. Hedrich, Holger
8. Herbel, Burkhard
9. Jakob, Dirk
10. Rumpf, Ulrich
11. Wild, Oliver
12. Arch, Stefan
13. Emmelius, Heiko
14. Groß, Klaus anwesend ab 19.14 Uhr
15. Henrich, Erhard
16. Hohn, Hans-Ulrich
17. Koch, Sebastian
18. Mock, Gabriele
19. Rau, Petra
20. Dr. Rauber, Kirsten
21. Stopperka, Karin
22. Ullrich, Dieter
23. Gröf, Timo
24. Kuhlmann, Erich
25. Kunz, Hans-Jürgen
26. Schlagbaum, Willibald
27. Schmidt, Gerhard
28. Schweitzer, Martin
29. Rill, Berthold

b) die Mitglieder des Gemeindevorstandes:

1. Bürgermeister Jürgen Mock
2. Erster Beigeordneter Karl-Heinz Eckhardt
3. Beigeordneter Horst Clößner
4. Beigeordneter Ulrich Diehl
5. Beigeordneter Bernd Heddrich
6. Beigeordneter Joachim Keiner
7. Beigeordneter Karl-Heinz Naumann
8. Beigeordneter Werner Neu

c) der Schriftführer:

Daniel Rumpf

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/innen, die Mitglieder des Gemeindevorstandes, den Vertreter der Wetzlarer Neuen Zeitung, Herrn Gerd Heiland, sowie die erschienenen Zuhörer/innen.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest.

Der CDU-Antrag vom 21.11.2012 „Resolution zum Erhalt des Jugendzeltlagers Lenste“ soll wegen bestehender Dringlichkeit als neuer TOP 12 aufgenommen werden. Gemeindevertreter Jakob macht deutlich, dass hierbei Entscheidungen auf Kreisebene unmittelbar bevor stünden und es daher wichtig sei ein Zeichen zu setzen, dass die Schließung des Zeltlagers der schlechteste Weg zum Sparen sei. Gerade die Ehringshäuser seien eng mit Lenste verbunden und besuchten es häufig, weswegen sich die Kommune nun für den Erhalt einsetzen müsse.

Abstimmung: einstimmig

Der Empfehlung der Ausschüsse folgend, wird beantragt den Tagesordnungspunkt (TOP) 10 „Neubau U3-Kindertagesstätte in Ehringshausen/Familienzentrum“ nicht zu beraten und von der Tagesordnung zu nehmen.

Weiter wird beantragt die „Grundstücksangelegenheit Nr. 496“ neu als TOP 9a in die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmung: einstimmig

3. Mitteilungen und Anfragen

3.1 Mitteilungen

Vorsitzender Rauber appelliert an die Fraktionen der Gemeindevertretung mit Fingerspitzengefühl abzuwägen, welche Themen eines Antrages in der Gemeindevertretung bedürfen und welche auf dem kurzen Dienstweg sinnvoller anzubringen seien. Es läge laut Gesetzgeber im öffentlichen Interesse, dass die Tagesordnung möglichst schlank gehalten werde und die Gemeindevertretung sich nicht in Diskussionen verliere, die eigentlich andernorts geführt werden müssten.

Weiter erinnert der Vorsitzende erneut an die anstehende am 29.11.2012 stattfindende Bürgerversammlung in der Volkshalle und wirbt um rege Teilnahme daran.

Bürgermeister Mock teilt mit, dass ...

- a) ... der Lahn-Dill-Bergland e.V. zu einer Veranstaltung zum Thema Energie eingeladen habe. Der Termin sei anberaumt worden, um der Politik die angedachten Beitrittskonditionen zur regionalen Energieerzeugergemeinschaft näher zu bringen. Die Veranstaltung finde am 30.11.2012 in Bad Endbach statt.
- b) ... die ersten Förderbescheide zum Projekt Dorferneuerung eingetroffen seien. Er erinnert daran, dass das folgende Verfahren dreigeteilt sei. Für das integrierte kommunale Entwicklungskonzept (IKEK) sei ein Ingenieurbüro zu beauftragen

und ebenso eines für den städtebaulichen Fachbeitrag zur Festlegung der Fördergebiete in den einzelnen Ortsteilen. Letztlich müsse zur Beratung von privaten Bauherren ein Architekt vorhanden sein. Die nun erlassenen Bescheide beträfen die beiden letztgenannten Punkte. Der Förderantrag zum Punkt IKEK werde sehr zeitnah gestellt, daher sei voraussichtlich ein Start der Maßnahmen im Januar 2013 zu erwarten.

- c) ... der Hess. Städte- und Gemeindebund (HSGB) ein Schreiben zum Thema Bewegungsparcours versandt habe. Das Hess. Sozialministerium habe in Zusammenarbeit mit verschiedenen Hochschulen und anderen Organisationen derartige Einrichtungen erprobt und im Ergebnis eine wirksame gesundheitliche Prävention belegt. Daher empfehle der HSGB nun allen Städten und Gemeinden die Einrichtung solcher Parcours zu prüfen. Für die Gemeinde Ehringshausen sei festzustellen, dass man dem mit dem „Mehrgenerationenspielplatz Dillaue“ bereits nachgekommen sei.
- d) ... die Sperrung der K388 durch Breitenbach nochmal um ein weiteres Jahr verlängert worden sei. Eine unbefristete Sperrung sei bislang leider noch nicht erreicht worden. Trotzdem sei dies als Schritt in die richtige Richtung zu werten.
- e) ... die Gemeinde Ehringshausen sich 2008 freiwillig dazu verpflichtet habe im Gemeindewald die FFH-Richtlinien umzusetzen. Im September habe nun eine Überprüfung durch das RP Gießen stattgefunden, die die vertragskonforme Umsetzung bestätige. Daher erhalte die Gemeinde zum Jahresende eine Zuwendung der Stiftung „Natura 2000“ in Höhe von 25.000 €.
- f) ... sich die Baumaßnahme „Anbau Turnhalle Ehringshausen“ auch weiterhin im vorgesehenen Zeit- und Kostenrahmen bewege und derzeit der Sportboden verlegt werde. Daher könne von einer Inbetriebnahme der Halle zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres im Februar 2013 ausgegangen werden. Zur geplanten Einweihung im Januar, werde noch gesondert eingeladen.
- g) ... die gemeindeeigenen Brücken turnusmäßig statisch überprüft würden. Dabei sei festgestellt worden, dass die Brücke über die „Wog“ im Ortsteil Katzenfurt akut einsturzgefährdet sei. Daher sei sofort eine Sperrung des Bauwerks veranlasst worden.
- h) ... die EON neben ihrer Schaltstation am Krankenhausparkplatz auf eigene Kosten eine zusätzliche Straßenlampe errichten werde. Man hoffe durch diese Maßnahme den dort vermehrt auftretenden Vandalismus eindämmen zu können. Kostenpunkt für die Gemeinde seien dabei nur die laufenden Stromkosten, die mit ca. 12 € jährlich zu beziffern seien.
- i) ... es zum Thema Verkehrssicherung im Bereich Chattenhöhe im Ortsteil Katzenfurt folgenden neuen Sachstand gebe. Dort sei probeweise ein Verkehrsspiegel angebracht worden. Nun solle im Betrieb getestet werden, ob dies zu einer Lageverbesserung dort führe.
- j) ... die durchgeführte Bedarfsumfrage zum Thema Breitbandversorgung ausgewertet sei. In Ehringshausen hätten sich dabei 192 Haushalte bzw. 12 Betriebe beteiligt. 93% seien mit der Übertragungsrate unzufrieden und 97% würden in den nächsten Jahren den Bedarf nach einer schnelleren Verbindung bis 50 Mbit/s sehen. Den Willen einer Attraktivitätssteigerung der Kommune für Private wie auch für Firmen vorausgesetzt, komme man nicht darum herum hier tätig zu werden. Der Anteil von 93.000 €, den die Gemeinde in die Gesellschaft einbringen solle, sei zunächst mit einem Sperrvermerk versehen.

3.2 Anfragen

- a) Gemeindevertreter Rainer Bell fragt an, ob es konkrete Informationen zu einer Sanierung und damit einhergehenden Sperrung der Dillbrücke nahe Dillheim in Richtung Daubhausen gebe.
Bürgermeister Mock erwidert, dass diese Maßnahme zwar im Kreishaushalt 2013 enthalten sei, man aber derzeit noch keine Angaben zu Zeitpunkt und Dauer machen könne.
- b) Gemeindevertreter Clößner weist darauf hin, dass sich die Kreisstraße K64 zwischen Daubhausen und Dillheim bereits seit Jahren in einem desolaten Zustand befinde. Daher stelle sie ein erhebliches Gefahrenpotenzial dar, woran auch zwischenzeitlich erfolgte unzulängliche Ausbesserungsarbeiten nichts änderten. Es sei aus seiner Sicht unverantwortlich diesen Zustand zu dulden, denn es sei nur eine Frage der Zeit bis hier auch Personen zu Schaden kämen. Sachschäden seien dagegen bereits heute an der Tagesordnung. Man habe weder bei Unterhaltung noch bei Ausbau der Strecke die deutlich gestiegene Verkehrsbelastung berücksichtigt. Die Strecke solle aus diesen Gründen zeitnah in einen wieder nutzbaren Zustand gebracht sowie die beiden großen Kurven begradigt werden. Ebenso bereits seit Jahren spreche der Ortsbeirat Daubhausen dies an und bitte die Gemeinde um Abhilfe. Das Argument klammer Kreiskassen lasse er dabei nicht unkommentiert gelten, da andernorts derartige Maßnahmen umgesetzt würden. Er fragt an, in welcher Weise die Gemeinde hierbei auf den Kreis einwirke und wann mit Resultaten zu rechnen sei.
Bürgermeister Mock berichtet, dass das Problem ihm und dem Gemeindevorstand wohl bekannt sei und man bislang „auf dem kleinen Dienstweg“ versucht habe, direkt bei den Umsetzern für Abhilfe zu sorgen. Da dies nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt habe, mache er es nun zur Chefsache und werde einen Ortstermin mit den Entscheidern in Dillenburg forcieren.
Vorsitzender Rauber macht deutlich, dass dies eigentlich eine Aufgabe des Landkreises sei und die Gemeinde daher nur sehr eingeschränkt zuständig sei. Er berichtet weiter, dass der LDK zum Thema „Brückensanierung“ in Berghausen die Toppriorität sehe und gleich danach die angesprochene Brücke nach Daubhausen folge. Es gebe derzeit Vertragsstreitigkeiten zwischen Land und Landkreisen über Kosten und Umsetzung von Straßenunterhaltungsmaßnahmen. Dies habe zur Folge, dass nur das Nötigste umgesetzt werde, da man das Ergebnis dieses Disputs zwischen dem Land und den betroffenen Landkreisen abwarte. Eine entsprechende Arbeitsgruppe zur Beilegung sei bereits an der Arbeit.
- c) Gemeindevertreter Schweitzer fragt an, wann mit dem Einsetzen neuer Scheiben in die Bushaltestelle in Greifenthal zu rechnen sei und wie der Sachstand zum Thema Friedwiese auf dem Friedhof Greifenthal sei.
Bürgermeister Mock erwidert, dass zu Punkt eins der Auftrag erteilt sei und mit einer Umsetzung noch im November zu rechnen sei. Zum Thema Friedwiese sei zu erklären, dass das beauftragte Bodengutachten vorliege und die Ergebnisse dem Ortsbeirat vorgestellt würden.
- d) Gemeindevertreter Wild fragt an, ob eine Sanierung von Kanal und Straße der „Stegwiese“ geplant sei.
Bürgermeister Mock sagt aus, dass eine solche Maßnahme sich im Haushalt 2013 nicht befinde. Es sei bekannt, dass die Stegwiese einen überaus drängenden Sanierungsbedarf habe. Das Projekt müsse unbedingt angegangen werden, jedoch könne man dazu noch kein konkretes Datum nennen.

4. **1. Nachtragshaushaltssatzung 2012:**
Beratung und Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung

Vorsitzender Rauber macht auf die zu diesem TOP ausgeteilte Tischvorlage betr. die Anschaffung einer Küche für den Stützpunkt der Freiwilligen Feuerwehr in Ehringshausen und die von der Verwaltung bereits im Vorfeld der Ausschusssitzungen übermittelten Daten bzw. auf die daraus resultierenden Änderungen aufmerksam. Sie bildeten den Gegenstand der Befassung der Ausschüsse.

Gemeindevertreter Jakob sagt die Zustimmung seiner Fraktion zur vorliegenden Nachtragssatzung zu und lobt die dafür geleistete konstruktive Arbeit der Ausschüsse, die es unter anderen ermöglicht habe das Projekt „Anschaffung Küche FFW-Stützpunkt“ noch aufzunehmen. Zu kritisieren sei jedoch, dass eine Änderung des Stellenplanes ohne Diskussion quasi nur „abzunicken“ sei. Er bittet darum künftig die Parlamentsrechte zu diesem Punkt zu wahren und eine unterjährige Änderung des Stellenplanes tunlichst zu vermeiden.

Gemeindevertreter Kunz lobt ausdrücklich die Arbeit von Verwaltung und insbesondere Kämmerei an dem vorliegenden Werk. Auch das unterjährige Berichtswesen sei in diesem Rahmen deutlich zu begrüßen und zu loben. Es werde in den Zahlen sehr deutlich wie abhängig man von der Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen und der Umlagen sei. Die notwendigen und gewollten Investitionen, Stichwort Turnhalle und KiTa-Neubau, machten eine Kreditaufnahme leider unumgänglich. Im Hinblick auf die Zukunft sei jedoch nie zu vergessen, dass später auch eine Tilgung dieser Schulden erfolgen müsse.

Gemeindevertreter Koch dankt Bürgermeister und Gemeindevorstand für die Leistung den Nachtrag gegenüber dem ursprünglichen Ansatz deutlich positiver gestaltet zu haben. Auch Koch lobt die Arbeit der Ausschüsse und ausdrücklich die Aufnahme der „Anschaffung Küche FFW-Stützpunkt“. Man stimme als SPD-Fraktion dem Vorgelegten zu.

Gemeindevertreter Rill sagt ebenso seine Zustimmung zu. Weiter macht er erneut seine Bedenken zum Thema Kostenexplosionen bei Baumaßnahmen deutlich. Beim Thema Breitbandversorgung und KiTa-Katzenfurt habe man gerade erst wieder erlebt, wie sich eine ursprünglich im Raum stehende Summe schnell und erheblich erhöhen könne. Daher solle der Haupt- und Finanzausschuss zwingend informiert werden, wenn absehbar werde, dass Kosten „aus dem Ruder laufen“, um noch gegensteuern zu können. Dies sei insbesondere beim anstehenden KiTa-Neubau U3 unbedingt umzusetzen.

Bürgermeister Mock bittet um breite Zustimmung zum Nachtragshaushalt. Er macht weiter deutlich, dass gerade beim Thema KiTa-Katzenfurt das angesprochene Management funktioniert habe und man im Planungsprozess zu einer Neuausrichtung gefunden habe. Zum Thema unterjähriger Änderung des Stellenplans bittet er um Verständnis dafür, dass dies ein außergewöhnlicher Fall gewesen sei und man natürlich bestrebt sei, solches prinzipiell zu unterlassen.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss, Bau- und Umweltausschuss als auch Sozial- und Kulturausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt folgende 1. Nachtragshaushaltssatzung:

1. Nachtragshaushaltssatzung

§ 1

Mit dem Nachtragsplan werden

| | erhöht um | vermindert um | und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge gegenüber bisher EUR | |
|---|-----------|---------------|---|-----------------------------|
| | EUR | EUR | gegenüber bisher EUR | auf nunmehr EUR festgesetzt |
| a) im Ergebnishaushalt | | | | |
| <u>beim ordentlichen Ergebnis</u> | | | | |
| die Erträge | 617.538 | -- | 15.171.999 | 15.789.537 |
| die Aufwendungen | 320.576 | -- | 15.131.275 | 15.451.851 |
| <u>beim außerordentlichen Ergebnis</u> | | | | |
| die Erträge | 1.450 | -- | - | 1.450 |
| die Aufwendungen | 6.770 | -- | - | 6.770 |
| b) im Finanzhaushalt | | | | |
| <u>aus laufender Verwaltungstätigkeit</u> | | | | |
| der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen | 289.018 | -- | 1.063.127 | 1.352.145 |
| <u>aus Investitionstätigkeit</u> | | | | |
| die Einzahlungen | -- | 616.570 | 1.214.400 | 597.830 |
| die Auszahlungen | -- | 10.900 | 2.903.000 | 2.892.100 |
| <u>aus Finanzierungstätigkeit</u> | | | | |
| die Einzahlungen | -- | -- | 1.963.600 | 1.963.600 |
| die Auszahlungen | 700 | -- | 199.400 | 200.100 |

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite wird nicht geändert.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der Kassenkredite wird nicht geändert.

§ 5

Die Steuersätze der Gemeindesteuern werden nicht geändert.

§ 6

Es gilt der von der Gemeindevertretung am 22.11.2012 beschlossene Stellenplan.

§ 7

Die bisherige Festsetzung wird nicht geändert.

§ 8

Folgende Investitionen werden mit einem Sperrvermerk versehen:

| | | |
|------------|--|-------------|
| 1201-0006A | Errichtung eines Steges über die Dill | 40.000,00 € |
| 1503-0008A | Anbau DGH Niederlemp | 80.000,00 € |
| 1503-K001A | Grundhafte Sanierung DGH Daubhausen / Mehrkosten | 60.000,00 € |

Die Freigabe der Sperrvermerke erfolgt durch die Gemeindevertretung.

Abstimmung: einstimmig

5. **Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2013**

Bürgermeister Mock stellt den vom Gemeindevorstand festgestellten Haushalt 2013 vor.

Die Rede des Bürgermeisters zur Einbringung ist als Anlage dem Protokoll beigefügt.

6. **Vermarktung der Baugrundstücke im Baugebiet „Auf der Hofstatt“, Ortsteil Daubhausen**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 22.10.2012 wird verwiesen.

Vorsitzender Rauber macht auf die zu diesem TOP ausgeteilte Tischvorlage bzw. auf den aus den Ausschussberatungen resultierenden geänderten Beschlusstext aufmerksam.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Baulandpreis für die verbliebenen drei Grundstücke im Gebiet „Auf der Hofstatt“ auf 90,00 €/m² anzupassen, und diese unter Aufhebung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 24.06.1999 bis auf einen Platz auch für auswärtige Bewerber freizugeben. Dieser Platz soll für Bürger aus Daubhausen bis 2020 vorgehalten werden.

Abstimmung: 27 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

7. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Grundmühle“,
1. Änderung (vereinfachte Änderung);
Satzungsbeschluss**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 18.10.2012 wird verwiesen.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, zur Kenntnis zu nehmen, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens keine Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit abgegeben wurden.

Weiter beschließt die Gemeindevertretung die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den Anregungen und Hinweisen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange als Stellungnahmen der Gemeinde Ehringshausen.

Die Gemeindevertretung beschließt weiterhin den Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Grundmühle“, 1. Änderung in der Gemarkung Kölschhausen - bestehend aus textlichen Festsetzungen - gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung und billigt die Begründung.

Abstimmung: einstimmig

8. **Bebauungsplan OT Ehringshausen Nr. 21 „Ortslage 1“;**
Satzungsbeschluss

Auf die Verwaltungsvorlage vom 18.10.2012 wird verwiesen.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den Anregungen und Hinweisen aus der erneuten Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung als Stellungnahmen der Gemeinde Ehringshausen.

Weiterhin beschließt die Gemeindevertretung den Entwurf des Bebauungsplans OT Ehringshausen Nr. 21 „Ortslage 1“, bestehend aus der Planzeichnung und textlichen Festsetzungen, gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung und billigt die Begründung.

Abstimmung: einstimmig

9a **Grundstücksangelegenheit Nr. 496**

Auf die Tischvorlage vom 22.10.2012 wird verwiesen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt nachfolgenden Grundstücksverkauf:

Käuferin: Ute Minnert, Ichelhäuser Straße 41, 35630 Ehringshausen
Grundstück: Gem. Ehringshausen, Flur 32, Flurstück 1/32, Ichelhäuser Str. 43

Größe: 732 m²
Kaufpreis (inkl. Erschl. ohne Kanal- und Wasseranschlussk.) = 69.990,18 €

Kostenträger der Umschreibung ist die Käuferin.

Der Beschluss aus der Sitzung zum Grundstücksverkauf an Herrn Prof. Dr. Jens Minnert, Ichelhäuser Str. 41, 35630 Ehringshausen, wird aufgehoben.

Abstimmung: einstimmig

9b **Grundstücksangelegenheit Nr. 497**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 18.10.2012 wird verwiesen.

Sowohl Haupt- und Finanzausschuss als auch Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt nachfolgenden Grundstücksverkauf:

| | | |
|---|--|--------------------|
| Käufer: | Alexander Weber, Bergstraße 10, 35688 Dillenburg | |
| Grundstück: | Gemarkung Dillheim, Flur 5, Flurstück 508, Schlüsselacker 11 | |
| Größe: | 568 m ² | |
| Kaufpreis (Fertigbaulandpreis): | | 38.726,24 € |
| Erschließungskosten (inkl. Kanal- und Wasseranschlusskosten): | | <u>36.600,38 €</u> |
| Gesamt: | | <u>75.326,62 €</u> |

Kostenträger der Umschreibung ist der Käufer.

Abstimmung: einstimmig

10. **152. Vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2011: Größere Gemeinden“**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 08.11.2012 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock erläutert, dass den Gemeindevertretern vorliegend eine Zusammenfassung übergeben worden sei und lobt für die Erstellung die Kämmerei ausdrücklich. Zusammenfassend habe der Landesrechnungshof festgestellt, dass „die Gemeinde Ehringshausen rechtmäßig und auf vergleichenden Grundlagen sachgerecht und wirtschaftlich geführt wurde“. Der Jahresabschluss 2009 sei kurz vor der Vollendung und 2010 sowie 2011 würden dann auf dem Fuße folgen. Die Personaldecke in der Kernverwaltung betreffend, sei weiter festgestellt worden, dass hier keine Einsparpotenziale gesehen würden. Daher könne man gelegentlich gemachten Aussagen über eine Überbesetzung des Rathauses getrost eine Absage erteilen. Dass bei vielen Gebühren noch Luft nach oben gesehen werde, sei auch so bekannt gewesen, jedoch wisse jeder, dass Kostendeckung durch Gebühren gerade bei Kindergärten und Friedhöfen utopisch sei.

Das Thema wurde ebenso im Haupt- und Finanzausschuss behandelt.

Die Gemeindevertretung nimmt den Schlussbericht des Hessischen Rechnungshofes im Rahmen der 152. vergleichenden Prüfung zur Kenntnis. Die Empfehlungen

der vergleichenden Prüfung sollten für künftige verwaltungsrelevante Entscheidungen mit herangezogen werden.

11. **Antrag der FWG-Fraktion vom 15.10.2012;**
Änderung der Einbahnstraßenregelung für Radfahrer

Auf den Antrag der FWG-Fraktion vom 15.10.2012 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Kunz wirbt für die Änderung der Einbahnstraßenregelung für Radfahrer in bestimmten, aus seiner Sicht sinnvollen, Bereichen. Dies stelle einen Beitrag zur Sicherheit der Radfahrer dar. Betroffen seien hier die „Stegwiese“, die „Dr.-Hermann-Huttel-Straße“ sowie die Straße „An der Limpseit“. Hier mache es Sinn die Straßen für Radfahrer in beiden Richtungen freizugeben.

Gemeindevertreter Jakob weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit bereits zu Unfällen bei ähnlichen Maßnahmen gekommen sei. Gerade am Anfang von Einbahnstraßen erwarte der kreuzende Verkehr keine herauskommenden Verkehrsteilnehmer. Daher solle dafür Sorge getragen werden, durch eine „geschickte Beschilderung“ hierauf aufmerksam zu machen.

Gemeindevertreter Rill steht einer Prüfung nicht negativ gegenüber, macht allerdings seine Erwartung darüber deutlich, dass das Vorhaben wahrscheinlich an der zu geringen Breite der betreffenden Straßen scheitern werde.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen,

- ob die Einbahnstraßen „Stegwiese“, „Dr.-Hermann-Huttel-Straße“ und „An der Limpseit“ für Fahrradfahrer in beiden Richtungen freigegeben werden können.
- es möglich ist, zwischen den Einmündungen „Richard-Wagner-Ring“ und „An der Limpseit“ in die „Kölschhäuser Straße“, parallel zum Gehweg einen Radweg zu ergänzen.

Abstimmung: einstimmig

12. **Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2012;**
Resolution zum Erhalt des Jugendztlagers Lenste

Gemeindevertreter Jakob erläutert, dass der LDK aufgrund seiner schlechten Finanzlage unter den Schutzschirm des Landes Hessen möchte, was ihm die Abnahme von rund 60 Mio. € seiner Schulden brächte. Um dies zu ermöglichen seien jedoch klare Sparziele erforderlich. Deswegen seien nun sowohl Schulschließungen als auch die Aufgabe des Zeltlagers Lenste geplant. Da dieses Lager bereits seit Jahrzehnten als feste Institution im Leben vieler Ehringshäuser verankert sei, solle die Gemeindevertretung ein Zeichen zum Erhalt des Lagers setzen. Appell an Landrat und Kreis solle sein, genau zu prüfen, ob wirklich hier gespart werden müsse und sich nicht andernorts bessere Sparpotenziale ergäben. Gerade die Installierung eines vierten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten erscheine in diesem Zusammenhang mehr als diskussionsbedürftig. Mit Kreativität bei der Lösungssuche und unter Beteiligung fördernder Dritter, könne eine Rettung von Lenste möglich werden. Daher wirbt er um Zustimmung für den gemachten Antrag.

Im Folgenden schließt sich eine rege Diskussion zu dem Thema im Plenum an.

Gemeindevertreterin Stopperka kann die Emotionen in diesem Fall verstehen, macht jedoch klar, dass die angemahnten Abwägungen beim Kreis auch so bereits stattfinden würden.

Gemeindevertreter Gröf macht einleitend deutlich, dass die Zuständigkeit im Fall nur äußerst bedingt bei der Gemeindevertretung zu finden sei und man somit eigentlich der Intention des Gesetzgebers sich nicht in gremiums-fremden Diskussionen zu verlieren zuwider laufe. Der eingebrachte Antrag könne in seiner vorliegenden Formulierung nicht seine Zustimmung finden. Er sei so nicht sachorientiert, sondern verfolge parteipolitische Ziele. Zielführend sei vielmehr ein Beitritt der Gemeinde zum Förderverein des Lagers. Auch Gemeindevertreter Henrich sieht in der Formulierung eine unnötige politische Attacke gegen den Landrat, der für eine solche Sparmaßnahme ja nicht allein verantwortlich zeichne. Gemeindevertreter Schmidt schließt sich dem an und schlägt vor, die betreffenden Teile aus der Antragsformulierung herauszunehmen und nur den sachorientierten Inhalt abstimmen zu lassen.

Gemeindevertreter Jakob widerspricht entschieden der Darstellung, dass sich der Kreistag mit Aufstellung und Beschluss der besagten Sparpläne befasst habe. Dies sei mitnichten der Fall gewesen. Die Auswahl sei allein durch den Landrat erfolgt und deswegen werde dieser im Antrag auch genannt. Trotzdem schlägt er vor, von der namentlichen Nennung des Landrates abzusehen und den Text entsprechend zu beschließen.

Zwischen 20.14 Uhr und 20.34 Uhr übergibt der Vorsitzende Dr. Rauber den Vorsitz über die Gemeindevertretung an den Gemeindevertreter Jakob.

Gemeindevertreter Koch sieht das komplette Thema als Kreisangelegenheit und die Gemeindevertretung als nicht zuständig an.

Gemeindevertreter Dr. Rauber stellt im Anschluss die finanzielle Lage des Kreises und dessen Entscheidungsoptionen, gerade auch den Rettungsschirm betreffend, dar. Dieser Schirm mache es nun möglich, von den rund 150 Mio. € an den Ende 2009 bestehenden Schulden circa 66 Mio. € abgenommen zu bekommen. Der Kreis stehe in der dramatischen Lage, dass seit 2009 die Einnahmen eingebrochen und die Ausgaben konstant geblieben oder sogar gestiegen seien. Gerade die großen und wichtigen Ausgabenblöcke Sozial- und Jugendhilfe seien gesetzliche Pflicht und daher nur sehr eingeschränkt gestaltbar. Auch die nötigen und begrüßenswerten Investitionen im Bereich der Schulen hätten defizitär zu Buche geschlagen, da man diese auf Kredit habe finanzieren müssen. Nur aus dieser Lagebetrachtung heraus, sei eine Diskussion über Sparmöglichkeiten seriös und genau dies habe die Kreisregierung auch getan. Es müsse in jeder berechtigten Kontroverse auch eine Alternativlösung angeboten werden. Doch die möglichen Alternativen seien vor allem für die Kommunen schmerzhaft und daher bewusst nicht angesetzt worden. Man müsse hier vor allem an Hallennutzungsgebühren und die Kreisumlage denken. Rauber macht deutlich, dass den Entscheidungsinstanzen des Kreises alle diese Fakten vorliegen und vor Entscheidung alle gebotenen Abwägungen auch gemacht würden. Daher solle der Beschluss dort gefasst werden und der vorliegende Antrag hier Ablehnung finden.

Gemeindevertreter Rainer Bell erneuert das Angebot der CDU-Fraktion den vorliegenden Beschlusstext ohne die gemachte politische Aussage abstimmen zu lassen.

Gemeindevertreter Schlagbaum stellt aus seiner Sicht dar, dass auch der Ausdruck „Resolution“ als problematisch und verfehlt anzusehen sei. Gemeindevertreter Kunz bezweifelt ebenso die Zuständigkeit der Gemeindevertretung. Grundsätzlich sei ihm und wohl auch dem Plenum an einem Erhalt des Lagers gelegen. Er regt an, den Antrag gemeinsam als entsprechenden Appell umzuformulieren.

Gemeindevertreter Henrich schlägt vor, dass jede Partei der Gemeindevertretung ein eigenes Schreiben, außerhalb des Parlamentes, an den Kreis richten solle, um für einen Erhalt des Lagers einzutreten.

Auf Antrag der Gemeindevertreterin Stopperka wird die Sitzung in der Zeit zwischen 20.29 Uhr und 20.34 Uhr unterbrochen. Im Anschluss übernimmt Gemeindevertreter Dr. Rauber erneut den Vorsitz.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung spricht sich gegenüber dem Lahn-Dill-Kreis dafür aus, alle Möglichkeiten zur Erhaltung des Jugendzeltlagers Lenste zu prüfen.

Abstimmung: einstimmig

Dr. Rauber
Vorsitzender

R u m p f
Schriftführer